

## **Protokoll FORUM 4: Armut und Krise der Demokratie**

(Virgilsaal, 06.03.2018, 14:30 – 17:30)

### **Podium:**

- Emma Dowling: politische Soziologie, Universität Jena.  
Schwerpunkte: Care-Arbeit, Geschlechtergerechtigkeit
- Tina Olteanu: Politologin, Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien.  
Schwerpunkte: Osteuropa, alternative Partizipationsformen
- Margit Schaupp, Amsel Graz, Sichtbar werden
- Romana Brait: Ökonomin, AK Wien.  
Schwerpunkte: Sozialstaat, Gleichheitsforschung
- Astrid Kirchsteiger: Plattform Sichtbar werden
- Moderation: Manuela Wade, Politikwissenschaftlerin, Volkshilfe Österreich

**Manuela Wade (Moderation):** Politik gibt eine Stimme, macht hörbar - das ist der Anspruch. Mittlerweile findet aber ein Rückbau statt, es entsteht der Eindruck, Demokratie sei von Eliten gelenkt. Wichtig für Demokratie ist Verteilungspolitik. Wie muss eine soziale Demokratie beschaffen sein?

### **Emma Dowling**

Soziale Demokratie suggeriert Integration und Repräsentanz von Armutsbetroffenen. Teilhabe-Ansprüche von Frauenbewegung und sozialen Bewegungen muss einfließen: Wer regiert und wie? Subjekt der Demokratie ist im Neoliberalismus der produktive erwerbstätige Bürger. Viele Bereiche sind jetzt bereits strikt organisiert. Folgendes wird suggeriert: „There is no alternative“

Prinzipien müssten aber sein:

- Materielle Bedingungen für demokratische Teilhabe
- Demokratische Prozesse für gutes Leben für alle

### **Tina Olteanu**

1989 wurde „Das Ende der Geschichte“ ausgerufen – Systemkampf zwischen Kapitalismus und Kommunismus ist zu Ende, Kapitalismus hat gewonnen. Daher sind Alternativen undenkbar geworden, Debatte wurde verunmöglicht. Gerade in Osteuropa fand eine Verknüpfung von Demokratie und Wohlstand statt: Wohlstandsgarantie für diejenigen, die etwas leisten. Wohlstand steht aber sozialer Gerechtigkeit oft entgegen. In Osteuropa gibt es nun Wahlen und rudimentären Sozialstaat, über die Verarmung großer Gruppen wird nicht debattiert. Der Schutz von Eigentum als Kennzeichen unserer Demokratie

behindert Debatten zur Reduzierung von Armut. Parlament sollte Spiegel der Gesellschaft sein und verschiedene Anliegen vertreten.

### **Margit Schaupp**

Schon im Kindergarten sollte Demokratie gelernt werden, Demokratie sollte sich nicht darauf reduzieren, alle 5 Jahre wählen zu gehen. Armutsbetroffene lassen sich das Recht auf Einmischung nicht nehmen, haben Rechte und wollen sie auch in Anspruch nehmen. Eine Weiterentwicklung der Demokratie ist daher wichtig. Das Wahlrecht soll auf alle, die in Österreich leben, ausgedehnt werden.

### **Romana Brait**

Wie in Teilhabe steckt in Verteilung das Wort „teilen“ – Präsentation von Daten zur Verteilung von Einkommen und Vermögen in Österreich: Die beiden reichsten Fünftel haben gewonnen, die anderen verloren seit 1976. Bei der Vermögensverteilung herrscht ein noch größeres Ungleichgewicht, Vermögen ist in Österreich stark konzentriert: Das reichste 1% besitzt 40,5%. Warum ist das problematisch? Reiche besitzen Medien und think tanks - und üben dadurch Einfluss auf die öffentliche Meinung und auf die Politik aus. Arbeitslosigkeit und Armut werden als selbstverschuldet dargestellt, dagegen wurde die Bankenkrise als eine Art höhere Gewalt dargestellt. Das ist demokratiepolitisch bedenklich.

### **Astrid Kirchsteiger**

Demokratie hat drei Säulen. Alle sollen eine Stimme haben und vertreten werden. Es gibt aber Gruppen, die ausgeschlossen werden - z.B. MigrantInnen, Obdachlose, Gefängnisinsassen. Hinzu kommt die Besetzung des Verfassungsgerichtshofes mit ideologisch problematischen Personen. Partizipative Bürgerbeteiligung wäre gut, beispielsweise BürgerInnenräte, die selektiv herausgesucht werden. Im Wahlkampf wird manipuliert, man sollte die Programme kennen. Unterricht in Ethik und politischer Bildung in Schulen wäre wichtig. Es gibt keine Politikverdrossenheit, sondern Enttäuschung aufgrund neoliberaler Politik.

**Manuela Wade (Moderation):** Wenn wir nach Großbritannien schauen, sehen wir, dass im Zuge der Diskussionen um den Brexit, wieder „Abgehängte“ oder auch Armutsbetroffene verantwortlich gemacht werden, Ähnliches gilt für den Rechtsextremismus in Osteuropa. Wie sollen wir mit diesen Debatten umgehen?

### **Emma Dowling**

Brexit gilt als Krise der repräsentativen Demokratie. Für BefürworterInnen ging es um Kontrolle - „take back control“, in Bezug auf die Nationale Souveränität. Das Gefühl von Kontrollverlust gibt es auch im eigenen Leben, was aber mit der problematischen sozialen Absicherung zu tun hat und nicht mit der EU. Viele

haben gedacht, sie setzen nur ein Zeichen, und dann passiert ohnehin nichts. Sie waren überrascht, dass ihre Stimme wirklich etwas bedeutet. „Abgehängte“ sind nicht schuld, denn Wahlbeteiligung unter ärmeren Bevölkerungsschichten war niedrig, dagegen hoch in der Mittelschicht. Außerdem wurden Gruppen gegeneinander ausgespielt. Vorsicht mit Zuschreibungen ist angebracht. Es findet eine Verschiebung hin zu Moralfiguren statt, die verantwortlich gemacht werden – Sozialhilfeempfänger versus Banker....Dies lenkt von einer Diskussion über Strukturen ab.

### **Tina Olteanu**

Debatten wie in Bezug auf den Brexit finden auch für und in Osteuropa statt. Leute, die Angst vor dem sozialen Abstieg haben, stimmen für Rechts. Die Medien sind in bestimmten Händen konzentriert. Wer geht nicht wählen? Armutsbetroffene. AusländerInnen sind ausgeschlossen. Alternative Aktionen wären: z.B. Flashmobs, die Yeah rufen, um auf Sinnentleertheit von Politik-Speech aufmerksam zu machen. Oder ein kommunales Budget, um die Anliegen Armutsbetroffener zu berücksichtigen – aber das wird zumeist umgemünzt zum Absegnen von Sparmaßnahmen durch Mittelschicht-Angehörige. Das stellt uns vor ein zentrales Problem: Wie können wir Partizipation auch für Armutsbetroffene schaffen, nicht nur für Mittelschicht?

**Manuela Wade (Moderation):** Wie sprechen wir über Verteilung, wie gehen wir mit Stereotypen um?

### **Margit Schaupp**

Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren - schieben Asylberechtigten nicht den schwarzen Peter zu. Zu wenig Arbeitsplätze gab's schon vor der Flüchtlingswelle. Unternehmen wollen Arbeitsplätze so gering wie möglich halten, um Profit zu maximieren. Es gibt 10x so viele Arbeitslose wie Arbeitsplätze.

### **Fragen und Wortmeldungen aus dem Publikum:**

- Fürchte mich vor Krise der repräsentativen Demokratie. Armutsbetroffene gehen oft nicht mehr zur Wahl. Autoritärer Umbau des Staates wird versucht, das betrifft vor allem wieder Armutsbetroffene. Wie können sie zur Wahl motiviert werden und wirklich im Sinne ihrer Interessen wählen?
- Z.B. Leiter des Sozialausschusses im Parlament wusste nicht, wie hoch die Armutsgrenze real ist, wieviel Euro 60% des Medianeinkommens sind. Weiteres Problem ist die Sprache, vieles wird in Wahlprogrammen nicht verständlich ausgedrückt
- Auch AFD wurde nicht hauptsächlich von Erwerbslosen gewählt, sondern von der Mittelschicht. Sprache ist ein großes Problem. War selbst Politikerin, bin zurückgetreten, weil ich da zu sehr ausgebremst wurde, als Aktivistin mehr bewirken kann. Sprache vernebelt - z.B. Austeritätspolitik

anstelle von Gürtel-enger-schnallen. Auch eigene Betroffenheit ist wichtig, man muss Armutserfahrung selbst erlebt haben.

- Gerade marginalisierte Gruppen brauchen geschützten Raum für Partizipation. Positives Beispiel Erarbeitung des neuen Erwachsenen-Schutz-Gesetzes.
- Partizipation wird ja nun auch von der FPÖ gefordert, Volksbegehren, Bürgerbeteiligung. Wir dürfen uns das nicht wegnehmen lassen. Es braucht mehr, es braucht bestimmte Bedingungen.
- Auch Freundschaft mit Armutsbetroffenen kann helfen, um deren Situation besser zu verstehen. Auch direkte Demokratie kann undemokratisch sein. Warum hat in Porto Alegre partizipative Politik und Budgeterstellung funktioniert? Welche Bedingungen braucht es?
- Selbst denken lernen, politische Bildung ist wichtig, sollte ausgebaut werden, damit man auf Sprüche nicht so reinfällt.

### **Antwort-Runde:**

- Astrid: Oft werden genau die Politiker kaltgestellt, die Basiserfahrungen haben, machen keine Karriere in Parteien. Stat dessen sollten besonders solche Leute in die Politik gehen.
- Romana: Wichtig ist, in der Politik die materiellen Interessen der Menschen in den Mittelpunkt stellen. Worüber wird diskutiert? Darauf kommt es an, damit die Mittelschicht wieder zurückgewonnen werden kann. Österreich hat die fünfthöchste Sozialquote, die zweithöchste Einkommensquote.
- Tina: Wahlforschung hat immer noch nicht geschafft, herauszufinden, wie Menschen wählen. Wichtig wäre ein Austausch über Lebensrealitäten. Heute ist Politiker-sein einfach nur ein Job. Politik wird skandalisiert in den Medien. Diese Art der Kommunikation verunmöglicht wichtige Debatten. Welche Rolle spielt Solidarität? Zum Beispiel kommunales Budget in Porto Alegre: Da wurde gesagt - wir haben ein kleines Budget und eine Gruppe von Armutsbetroffenen, die explodiert ist. Armutsbetroffene sollten selbst entscheiden, was für sie am wichtigsten ist - anstelle eines Konkurrenzkampfes verschiedener Bevölkerungs-Gruppen (so wurde es dann in Deutschland gemacht).

**Manuela Wade (Moderation):** Was sind die Alternativen?

### **Emma Dowling**

Wie können wir Demokratie verbessern? Verteilungsfragen stellen. Volksbegehren und Referendum an sich müssen nicht zu mehr Demokratie führen, sondern können auch gelenkt und manipuliert werden. Da, wo ich lebe, sollte ich mehr mitbestimmen können. Kommunale Ebene sollte verstärkt werden - z.B. Anliegen wie Care-Arbeit. Positives Bsp. Barcelona: Versuch einer Politik von unten, Care-Arbeit soll reingeholt werden, ethische Regelungen sollen Macht-Probleme gegensteuern. Negatives Beispiel Großbritannien: Lokale Bevölkerung soll entscheiden, was alles eingespart werden soll. Zudem brauchen wir eine andere Wirtschaftslogik und Fokus auf Care-Arbeit

## **Astrid Kirschsteiger**

Beispiel Partizipative Bürgerinnen-Demokratie: BürgerInnen-Räte sollen mitentscheiden.

## **Romana Brait**

Partizipative Budgetideen, wie die Initiative „Wege aus der Krise“, die ein zivilgesellschaftliches Budget machen will. Es ist entscheidend, was diskutiert, worauf geschaut wird.

## **Margit Schaupp**

So viele wie möglich sollen mitmachen, Diskussionen in großem Stil. Oft wird gesagt, die Betroffenen können nicht diskutieren, die sind zu einseitig, zu emotional. Aber auch VertreterInnen der Wirtschaft und ExpertInnen sind oft einseitig und nicht unabhängig.

## **Tina Olteanu**

Wie kann man Leistung anders beschreiben und bewerten? Solidarität ist wichtig für Demokratie. Demokratie ist nicht die Stimme der Mehrheit, sondern die Berücksichtigung verschiedenster Gruppen.

## **Arbeitsgruppen zu verschiedenen Teil-Aspekten:**

**In welcher Demokratie möchten wir leben? Wie muss sie gestaltet sein, um Inklusion zu ermöglichen?**

### **Bildung**

- Leistbare Bildung für alle
- Genügend Zeit, um Kompetenzen zu erlernen
- Ausstattung verbessern
- Flexible Angebote
- Grundkompetenzen (z.B. auch mediale) in der Pflichtschule erlernen
- Lehrpläne durchforsten
- Kritische Auseinandersetzung mit Wahlprogrammen
- Objektive politische Bildung, z.B. Wahlrecht
- Bildungsförderung ohne Einschränkungen (z.B. Alter)
- Länderübergreifende Bildungschancen
- Förderung sozialer Kompetenzen



## Wohlstand

- Subjektiver Begriff
- Wohlstandsmessung vom BIP zum „Wohlstand“
- Umverteilung in Form einer Reichensteuer (wird zwar von der Bevölkerung gewünscht, aber von der Politik nicht umgesetzt)
- Geld wird in „Sicherheitsapparat“ gesteckt, statt in soziale Sicherheit (obwohl soziale Sicherung „sicher“ macht)
- Grundlegende Absicherung ist notwendig für Teilhabe
- Umverteilung von Arbeit ist notwendig
- Minderheitenschutz
- Armut sichtbar machen ebenso wie Wohlstand (z.B. Wohlstandsberichte)
- Ungleichheit sollte reguliert und begrenzt werden (z.B. Obergrenzen von Gehältern und Einkommen)
- Mut zu mehr Radikalität- Besteuerung von leistungsfreiem Einkommen
- Wohlstand hat auch eine emotionale und Beziehungs-Ebene
- „ich bin reich, WEIL du arm bist“
- Eigentum verpflichtet



## Repräsentation

- Nach Gruppen? Z.B. Frauen - haben aber oft sehr unterschiedliche Interessen
- Nach Themen
- Nach Lebensraum

## Herausforderungen: Wer wird repräsentiert?

- Erreichbarkeit
- Prioritätensetzung
- Vermittlungskompetenz
- Orientierung an Menschenrechten
- Spielregeln





## Sprache

- Einfache Sprache ohne die Komplexität des Themas zu verlieren- große Herausforderung
- Problem- Populismus- verwendet sehr einfache aber undifferenzierte Sprache
- Sprache und Macht – wer spricht? Möglichst viele über sich selbst sprechen lassen
- „framing“- Bilder verwenden
- Wie können wir respektvoll sprechen und trotzdem nicht den Kontakt zu den Zuhörenden verlieren
- Z.B. authentisch = echt, glaubwürdig, unverstellt sprechen – statt gleichgeschaltete Phrasen. „normal sprechen“, „ich bin ich“
- Menschen fragen nach ihren Bedürfnissen und zuhören, z.B. Indonesien-Slumbewohner wurden nach ihren Bedürfnissen gefragt, 1 Politiker hat diese dann vertreten und wurde dafür auch gewählt
- Problem- was wollen die Medien? Wie muss man sich ausdrücken, um gehört zu werden



Stimme  
 Gehör  
 Sprechen  
 verstehen

wirksam werden  
 Machtverhältnis  
 Migration + Sprach  
 Wert Schätz

Fachjargon als Schutz?  
 Sprache vereinfachen ja, aber auch nicht des Inhalts entleeren?  
 Sprache als Signal des Dazugehörigkeit  
 Wer wählt Begriffe - z.B. „sozial sauer“  
 Was sind Alternativen u. wie verstecken sich hinter Begriffen politische Strategien?  
 Sprache als Machtmittel (framing?)  
 Barrierefrei

Bedürfnisse - Bekräftigung  
 Gefragt werden als Ausgangspunkt (action research)  
 Aber nicht nur auf die Fahne  
 Politische Korrektheit → Distanz  
 Umgangssprachlich  
 Politik - Medientraining - Sprache schafft Emotionen dramatisierung  
 Authentizität + Personalisierung sondern beim Thema  
 Ausweichen - Sprache der Politik  
 "normal reden"  
 So wie ich bin / ich bin ich echt, unverstellt

Populismus + Sprache  
 ↓  
 herunterbrechen auf einfache Wörter aber es wird dann undifferenziert diskutiert. z.B. „sozialer Hotspot“  
 Problem: die Politik des O-Tons (Medien Show)  
 Blase verlassen  
 Zuhören → Vereinfachungen als politisches Instrument von Rechtspopulisten (oder anderen) versus einfache verständliche Sprache, die komplexe Inhalte inklusiv vermitteln können.  
 Mitglieder/Basis/Betroffene + mit ihnen sprachlich  
 wegkommen von den Hülsen → das Politische wieder zentral machen. Respektvoll streiten

